



## DEMOKRATIE IN DER *KRISE?*

Der weltweite Niedergang  
der Demokratien

Klima und Demokratie -  
wie Beteiligung gelingt

Demokratie in der Ukraine -  
die Zivilgesellschaft lebt



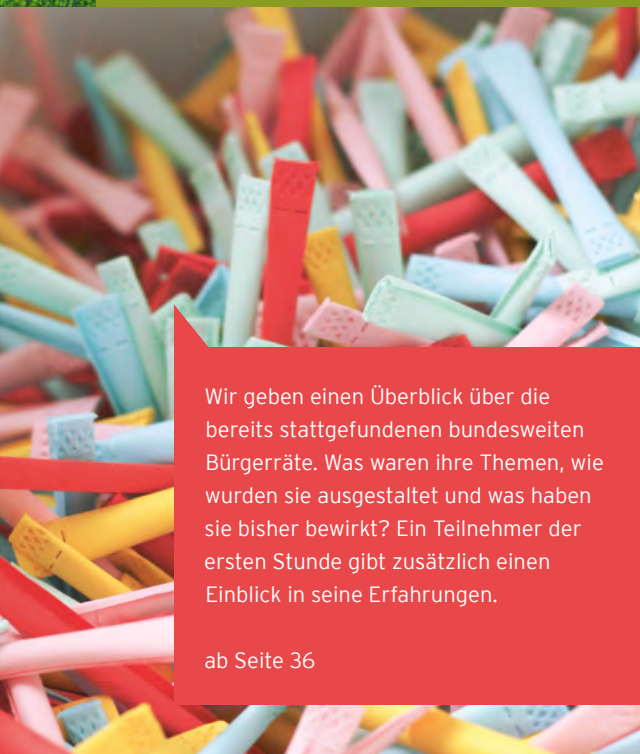
In der Ukraine werden auch unsere demokratischen Werte verteidigt, heißt es. Wie aber steht es um die Demokratie in der Ukraine selbst inmitten des Krieges? Und wie müsste die EU sich selbst verändern, um den aktuellen Herausforderungen gewachsen zu sein?

ab Seite 16



Wie kann das Verständnis von kollektiven Traumadynamiken helfen, unsere Demokratie zu stärken und Polarisierung zu überwinden? In einem Forschungsprojekt von Mehr Demokratie und Pocket Project wurde diese Frage im Kontext der aktuellen Krisen untersucht.

ab Seite 22



Wir geben einen Überblick über die bereits stattgefundenen bundesweiten Bürgerräte. Was waren ihre Themen, wie wurden sie ausgestaltet und was haben sie bisher bewirkt? Ein Teilnehmer der ersten Stunde gibt zusätzlich einen Einblick in seine Erfahrungen.

ab Seite 36

## Inhalt

### Weltweite Demokratie

- 4 Niedergang der Demokratien?

### Beteiligung und Energiewende

- 8 Klima und Demokratie  
11 Teilhabe ermöglichen, Klima schützen

### Europa und die Ukraine Krise

- 14 Warum Europa eine neue Verfassung braucht

### Ukraine

- 16 Demokratieentwicklung in der Ukraine  
20 Manifest der Zivilgesellschaft

### Trauma und Demokratie

- 22 Polarisierung überwinden

### Podcast „politikverschossen“

- 29 Ein bisschen klug

### Klimabürgerräte

- 30 Bundesweiter Bürgerrat  
33 Berliner Klimabürgerrat

### Bundesweite Bürgerräte

- 36 Ein Überblick aller Bürgerräte  
39 Erfahrungsbericht eines Amberger Bürgers

### Kinderbeteiligung

- 42 Ein Losland-Projekt in Ottersberg

### Ländertelegramm

- 46 Neues aus den Landesverbänden

### FAQ

- 48 Wahlrecht ab 16

### BMV

- 49 Einladung Bundesmitgliederversammlung

### Der demokratische Spruch

- 50 Michelle Obama



Liebe Leserinnen und Leser,

Jetzt färbt der wilde Wein sich rot, der Nebel legt sich auf die blumenleeren Wiesen und der Wind treibt die Stille übers ausgelärmte Land - es wird Herbst. Der sonnigste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen geht zu Ende. Nie habe ich öfter in Nachrichten und auch sonst vom Klimawandel gehört als in dieser Zeit. Trockenheit, Ernteausfälle, Waldbrände hier, Überschwemmungen, Hungersnöte dort. Während dieses Heft gedruckt wird, sind in Pakistan 33 Millionen Menschen wegen einer Flutkatastrophe in ärgster Not. All das ist erst der Anfang. Was hilft uns aus der Misere? In diesem Heft werden die Klimabürgerräte reflektiert - der bundesweite und der in Berlin. Mit den Bürgerinnen und Bürgern ist zu überlegen, was zu tun ist. Es gilt auszuloten, warum nicht getan wird, was getan werden kann und muss - um es dann anzugehen. Schließlich läuft uns die Zeit weg. Deshalb sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, beispielsweise für Windkraftanlagen. Was liegt da näher, als die Bürgerbeteiligung zu beschneiden oder vielleicht gleich ganz auf sie zu verzichten? Hier widerspricht ein ausführlicher Beitrag von zwei Gastautorinnen. Und dann - im Beitrag von Steffen Krenzer und im Ländertelegramm von Schleswig-Holstein - die Nachricht, dass im hohen Norden ein Dammbuch bevorsteht. Auf den haben sich CDU und Grüne im Koalitionsvertrag geeinigt. Eine Generalklausel soll es der Landesregierung ermöglichen, Bürgerbegehren in Kommunen einfach unterbinden zu können - wenn es um den Klimaschutz oder Sozialeinrichtungen geht, um wichtige Dinge eben. Die Regierenden wissen es eben besser. Dabei kommen, weil die Politik zu langsam und zu mutlos agiert, entscheidende Impulse für einen wirksamen Klimaschutz gerade von unten, von Bürgerbegehren. Aber das scheint hinterm Deich in Kiel noch nicht angekommen zu sein. Der Bürgerrat Klima hatte einen großen Konsens unter den Bürgerinnen und Bürgern ausgemacht: für ernsthafte und weitreichende Maßnahmen. Darauf ließe sich bauen. So wie sich das CDU und Grüne im hohen Norden denken, kommen wir jedenfalls nicht aus der Klimakrise.

Aber lesen Sie selbst. Eine ergiebige Lektüre wünscht  
mit herzlichen Grüßen  
Ihr



Ihr Ralf-Uwe Beck  
Bundesvorstandssprecher



**Ralf-Uwe Beck,**  
**Bundesvorstandssprecher**  
**von Mehr Demokratie.**

## Krise der Demokratie?

Befindet sich die Demokratie als beste aller bisherigen Regierungsformen in einer Krise? Fest steht: Die Demokratie muss sich zur Zeit in verschiedenen Krisen bewähren. Fast ein Drittel der Bundesbürger glaubt, in einer „Scheindemokratie“ zu leben, wie eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach ergab. Dabei ist der Anteil in den neuen Bundesländern mit 45 Prozent besonders hoch. Weltweit nimmt der Anteil autokratischer Regime zu. In Europa führt Russland einen Angriffskrieg nicht nur auf die Ukraine, sondern auf die demokratischen Werte insgesamt. Doch wie steht es eigentlich um die Demokratie in der Ukraine selbst? Und wie verändert der Krieg die europäische Gemeinschaft? Der Druck der Klimakrise und der gleichzeitigen Energie- und Gerechtigkeitskrise erfordert immer stärkere staatliche Maßnahmen. Führen sie zu einer Abschaffung demokratischer Beteiligung, oder kann mehr Beteiligung die Energiewende sogar beschleunigen? Der zunehmende Krisendruck führt auch zu einer Aktivierung von kollektiven Traumata, die eine gesellschaftliche Polarisierung hervorruft und gemeinsame Lösungen behindert. In diesem Themenheft untersuchen wir, wie die Demokratie aus all diesen Herausforderungen gestärkt und verändert hervorgehen kann.



# Niedergang der Demokratien?

Eine ernüchternde Sicht auf die globale Demokratieentwicklung -  
von Roman Huber

Viele Jahre lebte ich in dem Selbstverständnis, wir müssen mit unserem Engagement für die Demokratie einfach nur weitermachen und lange genug durchhalten, dann wird alles gut werden. Oder zumindest besser. Das war ein gutes Lebensgefühl. Das gab Kraft, auch wenn es mal anstrengend war.

## Früher war alles schlechter

Ich habe Vorträge darüber gehalten, dass früher alles „schlechter“ war. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag vor 200 Jahren noch bei 30 Jahren, 45 Prozent der Kinder starben bevor sie 5 Jahre alt wurden. Heute liegt die Lebenserwartung weltweit bei 70 Jahren und es sterben nur noch 5 Prozent der Kinder. Die globale Armut verringerte sich in den letzten 100 Jahren weltweit dramatisch, es gibt heute prozentual weniger Morde, Hinrichtungen, Vergewaltigungen und weniger häusliche Gewalt. Ein Großteil der Menschen auf der ganzen Welt hat heute Zugang zu medizinischer Grundversorgung und zu Schulbildung. Vieles ist besser im Vergleich zu früher.

Natürlich gibt es immer noch himmelschreiende Ungerechtigkeit. Über eine Milliarde Menschen auf der Welt leben in extremer Armut, also von weniger als 1,25 Dollar pro Tag. Das ist ein Siebtel der Weltbevölkerung. Aber vor 50 Jahren waren es noch zwei Drittel der globalen Bevölkerung. Der Trend stimmte also.

Jedoch: Viele dieser Fortschritte basieren auf Wirtschaftswachstum, d.h. wir haben sie uns auf Kosten der Natur erkaufte. Und so werden diese Zahlen und Statistiken voraussichtlich nicht besser, sondern sie werden stagnieren oder rückläufig sein.

Seit einiger Zeit beschleicht mich das Gefühl, dass die guten Zeiten erst einmal vorbei sind. Der Krieg vor unserer Haustür, die Pandemie und der Umgang damit, die Klimaerhitzung, die Trockenheit, Inflation, Gaspreisexplosion, die Liste ist endlos ... Das bedrängt mich und sicher viele von Ihnen auch. Und wie sieht es in unserem eigenen Wirkungsfeld, der Demokratie in der Welt aus?

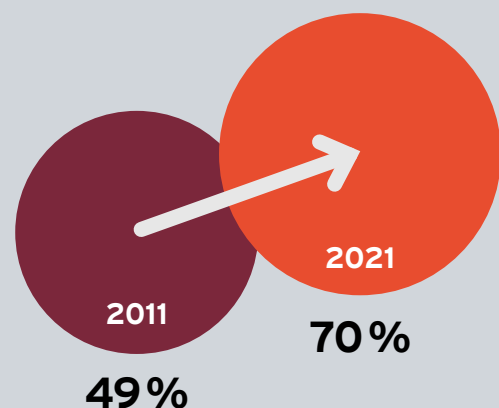
## Liberalen Demokratien setzen sich durch. Weltweit.

Das war ein Glaubenssatz der letzten Jahrzehnte. Demokratie und soziale Marktwirtschaft, Freiheit und Wohlstand sind so attraktiv, dass alle Menschen dieser Erde dies erstreben werden. Unser „westliches“, genauer gesagt unser soziales „europäisches“ Modell, wird sich durchsetzen. Wandel durch Handel. Auch das riesige China wird sich - nach einer wirtschaftlichen Aufholjagd im Turbogang - demokratischen Werten nicht verschließen können.

## Nichts davon ist eingetreten.

Seit knapp zehn Jahren sinkt die Zahl der Demokratien weltweit. Was anfangs nur wie eine Stagnation oder Delle aussah, ist jetzt eine massive Trendumkehr. Der aktuelle Demokratie-report V-Dem spricht eine eindeutige Sprache. Diese eine Statistik fasst den Trend zusammen: 2011 lebten 49 Prozent der Weltbevölkerung (damals ca. 7 Milliarden Menschen) in Autokratien, das sind 3.430.000.000 Menschen. 2021 leben 70 Prozent der Weltbevölkerung (knapp 8 Milliarden Menschen) in Autokratien, das sind ca. 5.400.000.000 Menschen. Das heißt ca. 2.000.000.000 Menschen mehr. Das ist Wahnsinn.

## Anteil der Weltbevölkerung, die in Autokratien lebt





# DEMOKRATIE WELTWEIT IM JAHR 2021

Aus „Democracy Report“ des V-Dem Institutes

Der Bericht unterscheidet u. a. zwischen

- |                              |     |            |
|------------------------------|-----|------------|
| 1. Liberalen Demokratien     | } → | Demokratie |
| 2. Wahl-Demokratien          |     |            |
| 3. Wahl-Autokratien          | } → | Autokratie |
| 4. Geschlossenen Autokratien |     |            |

## Überblick

### Zurück zum Stand von 1989

- Das Niveau der Demokratie, das der durchschnittliche Weltbürger im Jahr 2021 erlebt, ist auf den Stand von 1989 gesunken. Die demokratischen Fortschritte der letzten 30 Jahre wurden wieder ausgelöscht.
- Die liberalen Demokratien erreichten 2012 mit 42 Ländern ihren Höhepunkt und sind nun auf den niedrigsten Stand seit über 25 Jahren gesunken, das sind 34 Länder, in denen nur 13 Prozent der Weltbevölkerung leben.
- Der Rückgang der Demokratie ist besonders deutlich in Asien-Pazifik, Osteuropa und Zentralasien sowie in Teilen Lateinamerikas und der Karibik.

### Diktaturen auf dem Vormarsch

- Diktaturen sind auf dem Vormarsch. 70 Prozent der Weltbevölkerung, das sind 5,4 Milliarden Menschen, leben in Autokratien.
- Die Zahl der Diktaturen steigt von 25 auf 30 Länder, in denen 26 Prozent der Weltbevölkerung leben.
- Die Wahlautokratie bleibt der häufigste Regimetyp und umfasst 44 Prozent der Weltbevölkerung oder 3,4 Milliarden Menschen.

### Vor zehn Jahren - eine andere Welt

- Es gibt Anzeichen dafür, dass sich das Wesen der Autokratisierung verändert.
- In einer Rekordzahl von 35 Ländern wird die Meinungsfreiheit durch Regierungen eingeschränkt - ein Anstieg gegenüber nur fünf Ländern vor zehn Jahren.
- Signale für toxische Polarisierung: Respekt für Gegenargumente und damit verbundene Aspekte der deliberativen Komponente der Demokratie haben sich in mehr als 32 Ländern verschlechtert - ein weiterer Anstieg gegenüber nur fünf Ländern im Jahr 2011.

## Demokratisierer und Autokratisierer

### 33 Länder werden autokratisiert

- Die Demokratie brach in sieben der zehn wichtigsten autokratisierenden Ländern in den letzten zehn Jahren zusammen.
- Seit 1978 hat die Welt nicht mehr so wenige Demokratisierer verzeichnet - 15 Länder im Jahr 2021, mit 3 Prozent der Weltbevölkerung.

### Demokratisierung in den Regionen

- Über alle Regionen hinweg sind Wahlen der Aspekt der Demokratie mit der höchsten durchschnittlichen Verbesserung unter den Demokratisierern.
- In Lateinamerika und der Karibik haben die demokratisierenden Länder die größten Verbesserungen bei der gerichtlichen Kontrolle der Exekutive erzielt, so dass die Regierungschefs stärker rechenschaftspflichtiger sind als noch vor einem Jahrzehnt.

### Autokratisierung in den Regionen

- Die Unterdrückung der Zivilgesellschaft hat sich in 22 Ländern verschärft und die Zensur der Medien in 21 der 33 autokratisierenden Ländern.
- Führende Politiker in autokratischen Ländern verringerten in 19 Ländern den Respekt vor Gegenargumenten - ein Zeichen für die sich verändernde Natur der Autokratisierung.

### Die wichtigsten Demokratisierer

- Von den zehn Ländern, die sich am stärksten demokratisieren, haben sechs den Übergang von der Autokratie geschafft und sind heute Demokratien.
- Aber nur wenige der Demokratisierer werden sich weiter verbessern.

### Die wichtigsten Autokratisierer

- Antipluralistische Parteien treiben die Autokratisierung in mindestens sechs der zehn größten Autokratien an - Brasilien, Ungarn, Indien, Polen, Serbien und der Türkei.
- sechs der 27 EU-Mitgliedsstaaten und drei östliche EU-Nachbarn sind heute Autokratisierer.

## Verändert sich die Natur der Autokratisierung?

### Ein Jahr der Staatsstrieche

- Die fünf Militärputsche und ein Selbstputsch im Jahr 2021 stellen einen Rekord für das 21. Jahrhundert und eine deutliche Abweichung vom Durchschnitt von 1,2 Putschen pro Jahr dar.
- Die Putsche führten zu vier neuen geschlossenen Autokratien - Tschad, Guinea, Mali und Myanmar.
- Diese „Epidemie von Staatsstreich“ im Jahr 2021 legt nahe, dass radikalere Aktionen zur Autokratisierung immer häufiger üblich werden.

### Eine Welle der Polarisierung

- Ein Zeichen für die sich verändernde Natur der Autokratisierung: die Polarisierung in 40 Ländern steigt auf ein toxisches Niveau.
- Ein toxischer Grad der Polarisierung trägt zu Wahlsiegen von anti-pluralistischen Führern und der Ermächtigung ihrer autokratischen Agenden bei.

### Vermehrte Fehlinformationen

- Regierungen nutzen zunehmend Fehlinformationen, um die nationale und internationale Meinung zu beeinflussen.
- Die MENA-Region (Middle East and North Africa) ist die Region mit dem höchsten und am meisten zunehmenden Ausmaß an staatlicher Fehlinformation.



#### Weitere Informationen

[v-dem.net/media/publications/dr\\_2022.pdf](https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf)

### Die Zukunft ist radikal offen. Nichts hat Ewigkeitsgarantie, auch die Demokratie nicht.

Was bedeutet das für uns, für Mehr Demokratie? Machen wir jetzt einfach weiter und strengen uns noch ein bisschen mehr an?

Ja natürlich machen wir weiter, denn es braucht die Demokratie mehr denn je. Ich bin überzeugt, dass die immer komplexer werdenden Probleme nicht von immer weniger Menschen gelöst und verordnet werden können. Kollektive Fragen und Probleme brauchen kollektive Antworten und kollektive Intelligenz. **Und: dafür braucht es eine andere Art von Demokratie!**

Dafür sind Volksentscheide und Bürgerräte nur ein erster Schritt. Wir müssen noch grundsätzlicher werden. Wir müssen unser ganzes Regierungssystem überdenken und neu gestalten. Neue, heilsamere Strukturen können aber nur bestehen, wenn wir auch unsere politische Kultur auf ein neues Niveau heben. **Denn Kultur ist wichtiger als die Struktur!** Das heißt also eine andere Art der Kommunikation, eine andere Art der Zusammenarbeit und die Integration von Kopf und Herz. Das sind nicht nur rosarote Wünsche, sondern es gibt mittlerweile Tonnen von wissenschaftlicher Evidenz dazu.

### Und was stimmt nun?

- Die Welt ist schrecklich.
- Die Welt ist viel besser (als wir glauben).

Ich denke, beides stimmt. Die Welt ist komplex und paradox. Eine wesentliche Zukunftsfähigkeit besteht darin, nicht schnell auf einfache Lösungen zu setzen, sondern Nicht-Wissen und Widersprüchlichkeit auszuhalten. Und wie gehen wir das praktisch an? Dazu mehr in diesem und im nächsten Heft. /



**Roman Huber**

Geschäftsführender  
Bundesvorstandssprecher von  
Mehr Demokratie.





UKRAINE  
FREE



Im Demokratieindex der Zeitschrift „The Economist“ steht die Ukraine auf Rang 86 von 167 Ländern. Sie wird als „Hybridregime“ eingestuft, so wie weltweit 20,4 Prozent der Länder. Im Bertelsmann „Transformationsindex“ für 2022 erzielte die Ukraine 6,80 von 10 Punkten im Index für Demokratie und wird als „defekte Demokratie“ eingestuft. Gleichzeitig wird die Ukraine im Kampf gegen die russische Aggression wie nie zuvor zu einer Nation, geeint in ihrem Willen frei zu sein. Der mögliche EU-Beitritt beflügelt diesen Willen und so steht die Ukraine stellvertretend auch für den Kampf zwischen Demokratie und Autokratie. Darf man in einer Situation, in der die Ukraine um ihr Überleben kämpft, die Frage nach der Qualität der ukrainischen Demokratie aufwerfen? Aus der Sicht von Mehr Demokratie sollten wir es tun und genauer auf die demokratischen Risiken und Chancen schauen, um nicht ein Ideal mit der Realität zu verwechseln.



# Zivilgesellschaft und Demokratie im Krieg in der Ukraine

Ein Einblick von Dr. André Härtel

**D**er Krieg wütet. Doch die Züge fahren weiter, so der Titel einer Reportage aus dem Spiegel über die ukrainische Eisenbahn. Was aber ist eigentlich mit den anderen wichtigen Stützen einer modernen demokratischen Gesellschaft? Was ist mit der Wirtschaft, dem Parlament? Wie geht es eigentlich der Zivilgesellschaft unter dem Eindruck des Krieges? Diese Fragen stellte Dominik Schottner an Dr. André Härtel von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

**Ich erinnere mich noch aus den ersten Wochen des Krieges an Fotos, wo Menschen zum Beispiel Straßensperren gemeinsam errichtet, Molotowcocktails zusammen hergestellt, aber auch, wie sie Hilfstransporte organisiert haben. Zusammenzufassend kann man sagen: einen großen gesellschaftlichen Zusammenhalt, den man an diesen Fotos ablesen konnte. Traf das zu? Und wenn ja, ist das heute immer noch so?**

**André Härtel:** Das traf zu und das ist auch immer noch so. Ich spreche bei diesem Phänomen im Grunde genommen von einem Volkskrieg. In der internationalen Berichterstattung spielen natürlich die Erfolge des ukrainischen Militärs und die politische Führung

Präsident Selenskyjs eine sehr große Rolle. Was aber immer unterschätzt wird, ist eben diese gesellschaftliche Mobilisierung, die wir in der Ukraine seit dem 24. Februar sehen; die Freiwilligenarbeit, insbesondere bei der Unterstützung der Armee und eben auch der Flüchtlinge. Und diese gesellschaftliche Mobilisierung, die geht eben nicht nur von der altbekannten Zivilgesellschaft aus, sondern die geht auch von der Restgesellschaft aus. Umfragen haben uns jetzt gezeigt, dass in der Gruppe der bis zu 29-Jährigen 70 Prozent als Freiwillige aktiv sind. Und mit zunehmendem Alter nimmt dieser Prozentsatz auch nur gering ab. Also wir können davon ausgehen, dass über die Hälfte aller Bürger, die in der Ukraine verblieben sind, sich auf die eine oder andere Weise engagieren. Dazu kommen Unternehmer, die in ungekannter Höhe Spenden an die Armee leisten. Das alles sind ganz entscheidende Faktoren. Diese sind bisher kriegsentscheidend, neben der hohen Motivation der Armee und der politischen Führung.

**Das heißt, es ist kein gespaltenes, sondern eher ein vereintes Land?**

Absolut. Also diese Einheitsfront, die hält bisher stand. Es gibt allerdings

auch Phänomene, wo man sieht, dass Vorkriegstrends in die Politik zurückkehren: beispielsweise die Auseinandersetzung zwischen Selenskyj und seinem Vorgänger, die Auseinandersetzung zwischen Zentrum und regionalen politischen Akteuren.

**Und was sind das für Konflikte, die da wieder aufbrechen?**

Wir sehen insbesondere, dass der Konflikt zwischen Selenskyj und Poroschenko, dem Führer der stärksten Oppositionspartei, wieder aufgebrochen ist. Selenskyj hat beispielsweise die Medienkanäle, die TV-Kanäle Poroschenkos unter, ich würde sagen, relativ fadenscheinigen Gründen, sperren lassen. Das ist ein Konflikt, den wir schon sehr lange beobachten und der uns natürlich, was den demokratischen Charakter der Selenskyj-Herrschaft angeht, doch zu denken gibt.

**Weil sie gerade Oppositionspolitiker ansprachen. Es gibt auch durchaus einige, die mit Russland, ich nenne es jetzt mal sympathisieren, die auf jeden Fall starke Verbindungen nach Russland haben.**

Diese Organisationen oder auch Parteien haben jetzt natürlich einen sehr ►

schweren Stand. Diejenigen Parteien, die als prorussisch eingeschätzt werden, sind in der Ukraine sukzessive verboten worden. Hier wurde zunächst vom Sicherheitsrat eine Entscheidung getroffen, diese Parteien zu verbieten. Gerichte haben in den letzten Tagen und Wochen diese Entscheidung nachvollzogen. In einigen Fällen, wie beispielsweise bei der ehemaligen Oppositionsplattform „Für das Leben“, die von Viktor Medvedchuk von einem Freund Putins geführt wurde, ist die Verbindung zu Russland sehr klar nachvollziehbar. Bei anderen ist dieses Label prorussisch aber zum Teil auch eine Fremdzuweisung. Diese Parteien oder Organisationen hätten sich selbst nicht so bezeichnet. Es irritiert schon, dass unter den politischen Eliten auch im Parlament, wo man an einer gewissen Unabhängigkeit der Institutionen und auch der Institution Partei interessiert sein sollte, dieses Phänomen nicht stärker diskutiert wurde in seinen Konsequenzen. Beispielsweise kann das dazu führen, dass sich Angehörige dieser Parteien auf lokaler Ebene noch stärker von der Zentralmacht entfernen, was auch ein gewisses Risiko darstellt.

### **Jetzt haben Sie gerade schon das Parlament angesprochen. Das arbeitet aber noch.**

Das Parlament arbeitet. Es gab nur eine kurze Unterbrechung in den ersten Kriegstagen. Seit etwa Mitte März tagt das Parlament wieder regelmäßig. Es ist allerdings überwiegend mit dem Krieg selbst beschäftigt. Wie beispielsweise mit Gesetzen gegen Kollaborateure oder mit der Abstimmung zwischen den zivilen Selbstverwaltungsorganen und der Militärverwaltung. Das sind die derzeitigen Aufgaben des Parlaments. Zudem sind viele Parlamentsabgeordnete natürlich in ihren Wahlkreisen bei der Unterstützung der Armee, bei der Unterstützung der Territorialverteidigung oder bei der humanitären Hilfe tätig. Aber das Parlament kommt mit

weit über 300 Abgeordneten regelmäßig zusammen und es finden auch Aussprachen statt.

### **Und die Machtbalance zwischen Parlament und Exekutive, wie ist die?**

Es ist so, dass der Kriegszustand, der in der Ukraine ausgerufen wurde, seit Beginn dieses Krieges und bis heute, es dem Präsidenten natürlich erlaubt in Grundfreiheiten, das Recht, sich zu versammeln, die freie Meinungsäußerung, einzugreifen. Es können auch während des Kriegszustandes keine Verfassungsänderungen stattfinden, keine Wahlen oder Referenden. Aller-

**„Während der ersten Monate dieses großen Krieges stellte sich wirklich eine gewisse Taubheit ein, als wäre man außer Atem, als könnte man die bittere Kriegsluft einfach nicht ausatmen. Was blieb in dieser Situation zu tun? Mach etwas, das deinen Mitmenschen zugutekommt, denen, die Hilfe brauchen [...] Du bist glücklich, wenn deine Hilfe jemandem das Leben rettet.“**

Serhij Zhadan, Schriftsteller

dings ist es nicht so, dass die Gewaltenteilung als solche aufgehoben wird. Das heißt, alle Angelegenheiten, die diese Gewaltenteilung betreffen, also dieses Grundstruktur-Prinzip der Demokratie, die werden auch im Kriegszustand aufrechterhalten.

### **Das heißt, die Demokratie in der Ukraine funktioniert noch?**

Die Demokratie in der Ukraine funktioniert. Es gibt allerdings leichte Tendenzen von Wolodymyr Selenskyj, die wir schon vor dem Krieg beobachtet haben, den politischen Raum, insbesondere über Interventionen im Mediensystem, zu beherrschen. Er hat mit Bezug auf den Kriegszustand eben

auch die Berichterstattung der Medien bündeln lassen, mit Begründung der Informationssicherheit. Man merkt doch stark, dass er versucht, eben doch diesen Kriegszustand auch für sich zu nutzen, die Popularität für sich zu nutzen, um seine Herrschaft über den politischen Raum auszudehnen. Das betrifft aber vor allem die Medien, weniger die anderen Gewalten.

**Und die Reformvorhaben, mit denen er angetreten war, als er gewählt wurde. Was passiert mit denen? Fallen die ein bisschen hinten runter oder kann er die aufgrund seiner Popularität dann umso leichter umsetzen?**

Es ist schwer während des laufenden Krieges, der im Grunde genommen alle Energie aus diesem politischen System zieht, über Reformen zu sprechen. Ja, es wurde endlich die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifiziert. Ich bin aber skeptisch was große Fortschritte bei der Europäisierung in gesellschafts- und minderheitspolitischen Fragen angeht. Durch den Krieg werden m.E. traditionelle Werte, wie eine Art ukrainischer Kulturnationalismus mittelfristig eher an Auftrieb gewinnen.

Einerseits liegen Reformen brach, sie werden während des Krieges nicht weitergeführt. Andererseits ist es so, dass der Krieg wie unter einem Brennglas gezeigt hat, wo zu zurückhaltend



**„Plötzlich kämpfen alle, mehr Volksarmee als unsere geht nicht. Nur bei uns können an ein und demselben Checkpoint ein Zirkusclown und eine Lehrerin mit Rehaugen stehen. Nur bei uns dienen in einem Zug ein Vater als Maschinengewehrschütze und seine Tochter als Scharfschützin [...] Die früheren Trennlinien sind verschwunden. Sie haben keine Bedeutung mehr [...] Wir haben noch nicht gesiegt, doch wir haben bereits gesiegt.“**

Pawlo Kasarin, Publizist

oder eben nicht reformiert wurde. Ein Beispiel ist das Gesundheitssystem. Obwohl Ärzte und Krankenschwestern hier Übermenschliches leisten, fehlen auch nach der Reform, die in den Jahren nach dem Euromaidan begonnen wurde, einfach die Kapazitäten, moderne Krankenhäuser, moderne Ausstattung, um jetzt mit dieser Vielzahl an schwerverletzten Soldaten und Zivilisten irgendwie zu recht zu kommen. Wir wissen, dass in Amputationsfällen oftmals vom Ausland geholfen und ausgeflogen werden muss. Auch ist es so, dass Reformgegner, die natürlich weiterhin auch in den politischen Institutionen existieren, versuchen, mit dem Argument des Kriegszustandes und dem Sicherheitsargument, bestimmte Reformen rückgängig zu machen oder zu sabotieren. Wir wissen derzeit von Gesetzesentwürfen, dass hier der sehr intransparente und mächtige Inlandsgeheimdienst nach seiner gerade erst geplanten Verschlinkung, wieder gestärkt werden soll. Ein anderes bedenkliches Phänomen ist, dass Parlamentarier versuchen, dem Antikorruptionsbüro, dem sogenannten NABU, gewisse Fälle zu entziehen. Mit der Begründung, dass bisher korrupte hohe Beamte jetzt eben einfach zur Stabilisierung und zur Verteidigung des Staates benötigt werden und dass man gegen die nicht mehr prozessieren könnte.

**Aber gerade der Kampf gegen die Korruption wäre ja auch wichtig, um dem angestrebten Beitritt zur Europäischen Union näher zu kommen. Gibt es da Aussichten, dass das wirklich auch durchgesetzt wird?**

Das ist eine schwierig zu beantwortende Frage. Sowohl Poroschenko als auch Selenskyj sind keine radikalen Reformer. Sie bekennen sich zwar zu Reformen, gerade im Bereich der Justiz, im Antikorruptionsbereich, aber im Zweifel ist ihnen die Stabilität ihrer eigenen Macht und Herrschaft immer wichtiger als diese langfristigen Fragen. Ich persönlich gebe der ukrainischen Führung, wenn ich mir alle Reformbereiche seit 2014 so anschau, eine 3+ als Note. Es wurden ja etliche Reformen nebeneinander verwirklicht. Ein Fehler, den man vielleicht gemacht hat in der Ukraine ist dieses Möglichkeitsfenster, was es nach 2014 gab, nicht schnell genug genutzt zu haben für Strukturreformen. Wir sehen in einigen Reformbereichen sogenannte Potemkin'sche Dörfer. Das heißt, hier hat man zwar neue Institutionen geschaffen, hinter denen sich aber die alten, am Status quo orientierten, Eliten verbergen. Die große Hoffnung könnte natürlich sein, dass es mit dem jetzigen Kandidatenstatus für eine Aufnahme in die Europäische Union zu einem ganz wichtigen Anreiz kommt. Dass dann die Reformbefürworter beispiels-

weise Aufwind gewinnen und es einfacher haben werden, in den nächsten Jahren, durch dieses Argument des zukünftigen Beitritts zur Union sich in diesen Reformkriegen, wie ich es nenne, gegen die Gegner durchzusetzen.

**Also nicht mehr nur ein Fenster der Möglichkeiten, sondern eine ganze Tür vielleicht oder sogar ein Tor, durch das man aber auch immer noch durchgehen muss.**

Auf alle Fälle. Die Ukraine hat, im Vergleich zu Russland und Belarus, die sich zurückentwickelt haben hin zu einer harten Autokratie oder manche sagen sogar Diktatur, erhebliche Erfolge aufzuweisen. Sie ist da auf einem ganz anderen und sehr hoffnungsvollen Weg. Aber dieser Weg ist bisher in vielen Bereichen eben nur zur Hälfte bestritten worden. /



Der Text beruht auf dem Podcast „Unter Druck: Was der Krieg für die innenpolitische Entwicklung der Ukraine bedeutet“ vom 21. Juni 2022 und wurde von Dr. Härtel aktualisiert. Die Fragen stellte Dominik Schottner. Der Podcast kann hier vollständig angehört werden:



[www.swp-berlin.org/publikation/unter-druck-was-der-krieg-fuer-die-innenpolitische-entwicklung-der-ukraine-bedeutet](http://www.swp-berlin.org/publikation/unter-druck-was-der-krieg-fuer-die-innenpolitische-entwicklung-der-ukraine-bedeutet)



**Dr. André Härtel** ist Osteuropaexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

# „Ich nehm' das mit!“

Ein Jahr nach dem Klima- Bürgerrat - ein Resümee von Percy Vogel

**Erst jetzt - ein Jahr nach Vorlage der Ergebnisse - kam es im Juni zum Austausch mit Staatssekretär Dr. Patrick Graichen aus dem Klima- und Wirtschaftsministerium und damit zu einem ersten offiziellen Kontakt mit der Regierung. Mit offenem Ausgang.**



**S**tatt einer Beauftragung durch Bundestag oder Bundesregierung zu folgen, hatte der Bürgerat Klima für Deutschland als zivil initiierte Initiative, seine Expertise noch vor der Wahl für die kommende Legislative und Exekutive zur Verfügung gestellt. Und kurz vor den Bundestagswahlen hatten Spitzenpolitiker wie Olaf Scholz, Robert Habeck und Armin Laschet das Bürgergutachten offiziell entgegengenommen. Damit waren gute Voraussetzungen für unser Ziel geschaffen: die Berücksichtigung der Empfehlungen im Koalitionsvertrag der neuen Regierung.

Schon zu den Sondierungsgesprächen und dann zu den Koalitionsverhandlungen versorgte das Team gezielt die Schlüsselfiguren mit den Ergebnissen des Bürgergutachtens. Dass diese Kommunikation sehr einseitig bleiben würde, war dabei von vornherein klar, denn die Verhandelnden waren dazu angehalten, keinerlei Informationen nach außen zu geben. Auch die Klima-Bürgerräte selbst wandten sich an die Ampel-Koalition mit einem Appell, der unter dem Eindruck der verheerenden Flutkatastrophen des

Sommers formuliert wurde: „Unsere Ergebnisse sind in einer repräsentativen Bevölkerungsauswahl entstanden. Sie bieten eine Chance für die Politik und sind eine gute Grundlage für politische Maßnahmen. [...] Wir erwarten Großes von Ihnen!“ 16 Bürgerräte aus verschiedenen Bundesländern reisten eigens nach Berlin, um vor dem Hintergrund des Bundestages den Appell vor laufender Kamera zu verlesen.

Nach weiteren vier Wochen stand dann der neue Koalitionsvertrag. Ließen sich die Empfehlungen des Bürgergutachtens nun darin wiederfinden? Die Antwort darauf sollte durch Fachleute ausgearbeitet werden. So wurden Karl-Martin Hentschel, Hauptautor des „Handbuch Klimaschutz“ und Martina Richwien, Klima- und Energie-Spezialistin beim Beratungsinstitut ifok, mit dem Vergleich betraut. Er sollte die Grundlage für ein öffentliches Gespräch mit der Regierung liefern.

Da es im Fall unseres vor den Wahlen initiierten Bürgerrates keinen politischen Auftraggeber gab, mussten diese





16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor dem Bundestag am 27. Oktober 2021

Gesprächspartner erst noch gefunden werden. Wieder war Geduld gefragt: Die Regierungsbildung würde sicher bis Ende Februar dauern, hieß es. Besonders kompliziert gestaltete sich die Neueinrichtung eines Super-Ministeriums für Wirtschaft und Klima. Als wichtigsten Adressat wählte

**„Hat sich die Mühe gelohnt?“ fragt die Moderatorin abschließend mich als Mitinitiator und Projektleiter. Es fällt mir an diesem Abend leicht, die Frage mit „Ja“ zu beantworten.**

das Team Minister Robert Habeck und schrieb ihn Anfang Februar an. Doch gerade als mit einer Antwort zu rechnen war, griff Russland die Ukraine an. Von diesem Moment an schien ein Termin mit Habeck unrealistisch. Schließlich

meldete sich das Ministerium doch noch und bot uns ein Gespräch mit Staatssekretär Patrick Graichen, dem ehemaligen Leiter des Thinktanks Agora Energiewende, an.

Mit Hilfe der Agentur „Laut und deutlich“ wurde ein Podiumsgespräch in Berlin organisiert, das am 28. Juni stattfand. Mit Graichen saßen dort Christiane Waschk als Teilnehmerin des Bürgerrates, Percy Vogel als Projektleiter und Martina Richwien von ifok, als „moderierende Advokatin“. Der Saal im Veranstaltungszentrum „Spielfeld Berlin“ war gut gefüllt. Alle weiteren Interessierten konnten der Veranstaltung per Livestream folgen. Minutiös vorbereitet stellte die Moderatorin Fragen zu den Handlungsfeldern Wohnen und Wärme, Mobilität, Ernährung und Energie. Ihr Augenmerk galt dabei besonders den schwierigen, politisch und sozial konfliktträchtigen Aspekten, bei denen die Empfehlungen des Bürgerrates über den Koalitionsvertrag hinauswiesen, wie zum Beispiel Öl- und Gasheizungsverbote, Fachkräftemangel, sozial gerechte Wohnraumsanierung, Förderung von privater Solarstrom-Erzeugung, Lebens- ▶



dauer von Elektrogeräten, CO<sub>2</sub>-Preis, Aufklärungskampagnen zu Ernährung, Verbrennerverbot und Tempolimit.

Graichen, der nach eigenen Angaben das Bürgergutachten durchgelesen hat, antwortet immer freundlich. Seine Antworten dürften jedoch vielen klimapolitisch Engagierten meist vertraut erschienen sein: Manchmal ist es ein Koalitionspartner, manchmal die Angst vor Gegenreaktionen aus der Bevölkerung, manchmal sind es praktische Aspekte der Umsetzung und nicht zuletzt die Ukraine-Krise, die er zur Begründung für bisher Ungetanes anführt. Sein Detailwissen trägt zu seiner Glaubwürdigkeit bei. Aber es scheint auch eine gewisse Mutlosigkeit durch. Hier hakt die Moderatorin mehrfach nach, mit mutigen Vorschlägen des Bürgerrats. Als das Gespräch auf den Abbau von Subventionen für fossile Energie-Träger kommt und Graichen von der Uneinigkeit innerhalb der Koalition berichtet, sagt er einen bedeutenden Satz: „Ich nehme das nächste Mal nochmal das Gutachten mit und lege es den Kollegen hin. Mal sehen ob es hilft.“

„Hat sich die Mühe gelohnt?“ fragt die Moderatorin abschließend mich als Mitinitiator und Projektleiter. Es fällt mir an diesem Abend leicht, die Frage mit „Ja“ zu beant-

worten. Die Botschaft ist angekommen, der Bürgerrat als Verfahren damit offiziell abgeschlossen. Die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft, durch das ehrenamtliche Kuratorium, den Schirmherrn und die Teilnehmenden selbst war maßgeblich und beeindruckend. Durch den Bürgerrat wurden noch viel mehr Menschen für losbasierte Bürgerbeteiligung begeistert und für das Klima-Thema sensibilisiert. Der Bundestag will nun schon in dieser Legislaturperiode weitere Bürgerräte durchführen. Ob der Bürgerrat Klima aber maßgeblich zur Einhaltung der Klimaschutzziele beitragen wird - das hängt nun wieder ganz an der Politik. Und an uns als Zivilgesellschaft, die das Bürgergutachten als Orientierung, Legitimierung und Argumentationshilfe einsetzen kann. Sie sollte es unbedingt weiterhin tun! Mal sehen, ob es hilft. /



**Percy Vogel**

Vorstand BürgerBegehren Klimaschutz e.V., des Trägervereins des Bürgerrat Klima für Deutschland.

Podiumsgespräch mit Graichen (v.l.n.r: Percy Vogel, Martina Richwien, Dr. Patrick Graichen, Christiane Waschk)










„Falls Sie es noch nicht bemerkt haben: Wir erleben gerade den Verlust der Demokratie, wie wir sie kennen. Die Menschheit heißt die Tyrannei buchstäblich willkommen, während sie in jeden Winkel der Welt vordringt. Die meisten Menschen sind zu feige, um etwas dagegen zu unternehmen, und tun dann so, als sei alles in Ordnung. Wenn man weiterhin so tut, als ob nichts passiert, dann stehen der Menschheit einige sehr harte Zeiten bevor.“

Sting (Musiker)

Seit mehr als 30 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran. So kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

**Bei uns können Sie mitmachen!**

 [facebook.com/mehrdemokratie](https://facebook.com/mehrdemokratie)  
 [twitter.com/Volksentscheid](https://twitter.com/Volksentscheid)  
 [instagram.com/mehr\\_demokratie](https://instagram.com/mehr_demokratie)

[info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de)  
Tel. 030-42 08 23 70  
[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)



**MEHR  
DEMOKRATIE**